

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/237

Bonn, den 13. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Unser Volk kann wieder hoffen

95

Verheißungsvoller Anfang

Zur Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger - Brandt

3

Mitteldeutscher Alltag

43

Volkswirtschaftsplan und Staatshaushalt für 1967 angenommen

4

Freund des Friedens und der Völkerverständigung

54

Zum Tode von Walter Hammer

Von Willi Eichler

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Ein Schlesier in Berlin

Die nationale Substanz erhalten

Nicht den dritten Schritt vor dem ersten tun

Noch einmal 100 Millionen DM Aufbaudarlehen

In der ländlichen Siedlung solidarisch

Aussiedlung aus der Tschechoslowakei

+ +

Unser Volk kann wieder hoffen.

Verheißungsvoller Anfang

Zur Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger - Brandt

sp - Die Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger - Brandt begann mit einer klaren und in manchen Teilen schonungslosen Darstellung dessen, was ist. Sie ist der Niederschlag der umfassendsten Bestandsaufnahme deutscher Politik der Nachkriegszeit und das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Unionsparteien und der Sozialdemokratie, die zur Großen Koalition führten. Beide Parteien eint der Wille und befeuert die Entschlossenheit, weite vor uns liegende Wegstrecken gemeinsam zu gehen und die Markzeichen für eine gesicherte Zukunft abzustecken. Dieses kühne und faszinierende Vorhaben wurde aus der Not einer Zwangslage heraus geboren.

Die Vorgänger des Kabinetts Kiesinger - Brandt haben eine bedrückende Erbschaft hinterlassen. Im Streit um den Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 und über die auf lange Sicht notwendigen finanzpolitischen Maßnahmen war die von Erhard geführte Regierung auseinandergebrochen. Bundeskanzler Kiesinger entwarf ein düsteres Bild der Finanzlage des Bundes, wobei er in bemerkenswertem Freimut es nicht verschmähte, die Ursachen und Unterlassungen aufzuzeigen. Zum erstenmal erfuhr unser Volk, wie es mit uns und um uns steht. Gewaltige Anstrengungen müssen unternommen werden, um mit der Last fertig zu werden. Manche lieb gewordenen Illusionen zerstoßen ins Nichts. Doch die Wahrheit, auch wenn sie noch so schmerzlich ist, wirkt immer heilsam.

Der Ausgleich der künftigen Bundeshaushalte und die Sicherung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft erfordern einschneidende Maßnahmen. Dafür dürfte es in unserem Volk an Verständnis nicht fehlen. Die Sorge um den Arbeitsplatz geht um im Lande und wirft lange Schatten. Die Talsohle der Konjunkturentwicklung, heißt es in der Regierungserklärung, kann sogar noch vor uns liegen, zumal dann, wenn ein harter Winter einen besonders starken Saisoneinbruch bewirken würde. Die von Erhard geführten Regierungen ließen es an Kraft und Entschlossenheit fehlen, Finanzen und Wirtschaft wieder in den Griff zu bekommen. Sie forderten zwar Gutachten von Sachverständigenkommissionen an, aber pickten jeweils immer nur das heraus, was ihnen gerade gefiel. Sie erwiesen sich als allzu schwach gegenüber dem Druck mächtiger Interessentengruppen. Sie erkannten zwar die Notwendigkeit eines gerechten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden als den drei Säulen unseres demokratischen Staatswesens, beließen es aber nur bei verbalen Bekundungen.

Die Regierung Kiesinger - Brandt ist entschlossen, noch in dieser Legislaturperiode die so dringlich gewordene Finanzreform durchzuführen, und dies wird bewirken, daß kopflastige Politik wieder auf die Füße gestellt wird. Die beabsichtigte Änderung des Paragraphen 113 des Grundgesetzes gibt nun der Regierung die Möglichkeit, ihre Zustimmung zu Beschlüssen über zusätzliche oder neue Ausgaben oder über Einnahmerinderungen auf einen bestimmten Höchstbetrag zu beschränken. Diese Neuerung schaltet nun aus, daß aufgrund von Phantasiezahlen Gesetzentwürfe den Bundestag beschäftigen.

Durch die Völker der Welt geht die Sehnsucht nach Sicherung des Friedens. Die Furcht vor Deutschland bestimmt das Verhältnis der östlichen Völker zu seinem westlichen Nachbarn. Die Regierung Kiesinger - Brandt hat es nun mit eindrucksvoller Klarheit ausgesprochen: Sie strebt weder eine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen an, noch will sie in den Besitz dieser Vernichtungswaffen gelangen. Dieses erlösende Wort dürften auch viele unserer Freunde mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen; es schafft Klarheit in einem Bereich, der der Verächtlichmachung ausgesetzt war und die bisherige deutsche Position ins Zwielflicht rückte. Der Wunsch nach Versöhnung und Frieden mit unseren östlichen Nachbarn gibt der Erklärung der Bundesregierung jene besonderen Akzente, die aufhorchen lassen. "Es liegt uns darum daran, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, die denselben Wunsch haben, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern, und wo immer dies nach den Umständen möglich ist, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen." In dieser Feststellung liegt ein in die Zukunft weisendes Programm. Es gibt der deutschen Ostpolitik neue schöpferische Impulse.

Zu dem Bereich einer von deutscher Seite geförderten friedenssichernden Politik gehört die Pflege des guten Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten als unserer mächtigsten Schutzmacht, das Offenhalten der EWG für alle beitragswilligen Länder und die Ausnutzung aller Möglichkeiten und Chancen, die der schon nach seiner Unterzeichnung vernachlässigte deutsch-französische Freundschaftsvertrag bietet. Die engste Zusammenarbeit mit Frankreich als einem europäischen Kernland bleibt die Voraussetzung für ein Zusammengehen und Zusammenwachsen Europas als dem zweiten Pfeiler der Atlantischen Welt.

Frieden und Verständigung gilt es jedoch nicht allein nach außen zu erreichen oder zu bewahren. Wir sind ein gespaltenes Land und Volk, in dessen Mitte Stachelndrahtverhaue und Minenfelder liegen. Auch hier schlägt die Regierungserklärung neue, bisher ungewohnte Töne an. Von einer Bevormundung des anderen Teils Deutschlands kann nun nicht mehr die Rede sein. Die Beziehungen zu ihm stehen unter dem verpflichtenden Gebot, die Substanz der Nation zu erhalten, die Lage der Menschen zu erleichtern und ein Höchstmaß von wirtschaftlicher Verklammerung auch mit Kreditgewährung zu erzielen. Das schließt den Kontakt von Ost- und West-Behörden ein, ohne den Anspruch der Bundesrepublik zu gefährden, als freigewählte demokratische Regierung für das ganze Volk zu sprechen.

Alles in allem: Die Regierungserklärung des Kabinetts Kiesinger - Brandt macht deutlich, was die Bundesrepublik will und wo sie steht. Sie ertschleiert den Nebel, der über der deutschen politischen Landschaft lag. Sie orientiert sich, ohne sich in Einzelheiten zu verlieren, an dem Gebot, nach Zeiten schwerer innerer Erschütterungen und der Gefahr außenpolitischer Isolierung, wieder die volle Handlungsfähigkeit zu erreichen. Unser Volk kann aufatmen, das Staatsschiff hat wieder eine sichere Führung.

Mitteldentscher Alltag

Volkswirtschaftsplan und Staatshaushalt für 1967 angenommen

OS - Die "Volkskammer" hat den "Volkswirtschaftsplan" und den Staatshaushalt für 1967 in zwei Lesungen angenommen.

Ministerpräsident Stoph führte zum Volkswirtschaftsplan aus, daß das erzeugte Nationaleinkommen für 1967 um fünf Prozent steigen wird. Die industrielle Warenproduktion steigt in gleichen Zeitraum um sechs Prozent, die Bau- und Montageproduktion um acht Prozent, während die landwirtschaftliche Erzeugung nur um zwei Prozent zunimmt. Die Investitionen erhöhen sich um neun Prozent und die Außenhandelsumsätze werden um sieben Prozent ansteigen.

Der stellv. Finanzminister teilte mit, daß die Einnahmen des Staates auf 71,9 Milliarden MDN (Mark Deutsche Notenbank) und die Ausgaben sich auf 71,8 Milliarden MDN belaufen werden. Der Haushaltsplan schließt mit einem Überschuß von 96 Millionen MDN.

Die relativ hohen Etatszahlen sind, gemessen an den Zahlen der Bundesrepublik, nicht ohne weiteres vergleichbar. Bei den Einnahmen sind die Gewinne der Volkseigenen Betriebe enthalten, während die Ausgaben durch Investitionssummen für die Planvorhaben belastet werden. Es werden Mittel zum Aufbau von Stadtzentren bereitgestellt, Mittel für den kulturellen-sozialen Bereich und Gelder für etwa 60 große zentrale Planvorhaben.

Tag des Gesundheitswesens

Zum Tag des Gesundheitswesens führte der Minister für dieses Ressort, Max Seifrin aus, daß die Sterbeziffer bei Säuglingen seit dem Jahr 1960 wesentlich gesenkt werden konnte. Kamen damals auf 1.000 Lebendgeborene noch 38,8 Todesfälle, so konnte diese Zahl in den Jahren 1965 und 1966 auf 24,5 bzw. 23 gesenkt werden. Mit dieser geringen Sterblichkeitsziffer sei die "DDR" nach einheitlicher Berechnungsgrundlage in die Spitze aller Staaten eingereicht worden.

Die Zahl der Ärzte erhöhte sich seit 1963 um 5.500. Für 820 Einwohner steht ein Arzt zur Verfügung, es wird angestrebt, die Zahl auf 680 zu senken. Damit stehen rund 2.000 Ärzte für den Gesundheitsdienst zur Verfügung. Die Zahl der im Gesundheits- und Sozialwesen Beschäftigten betrage rund 40.000 Personen.

Der Krankenstand sei von 6,6 Prozent im Jahre 1960 auf 5,37 Prozent gesenkt worden. Einschränkend muß allerdings zu dieser letzten Zahl bemerkt werden, daß eine gewisse Anzahl von Krankmeldungen deshalb zurückgegangen ist, weil in den Betrieben eine genauere Kontrolle für die Krankmeldungen vorgenommen worden ist. Das heißt, die sogenannten Arbeitsunmelanten, die eine Krankheit für ihr Fernbleiben von der Arbeit vorgaben, aber keine echte Erkrankung hatten, sind in der Senkung miteinbegriffen. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß prophylaktische Maßnahmen eine tatsächliche Senkung bewirkt haben.

Freund des Friedens und der Völkerverständigung

Zum Tode von Walter Hammer

Von Willi Eichler

Als uns am 9. Dezember die Nachricht vom Tode Walter Hammers erreichte, wurde uns erneut und auf bestürzende Weise klar, wie schnell und wie unbegründet die Mitwelt darauf verzichtet, sich der bedeutenderen Vorkämpfer zu erinnern, die einer humanen und freiheitlichen Gestaltung unserer Gesellschaft ihr Leben, ihr Vermögen und ihre Tatkraft gewidmet haben. Denn nur Wenige, die sich heute in der Bundesrepublik einer demokratisch-stabilen und einer sozial um Gerechtigkeit bemühten Ordnung erfreuen, werden sich über die Rolle Walter Hammers klar sein, die er in der Weimarer Republik spielte, um schon aus ihr einen Staat der Freiheit und Gerechtigkeit zu machen. In diesem ersten Versuch einer deutschen demokratischen Republik hat Walter Hammer seinen "Fackelreiter"-Vorlag und seine beiden Zeitschriften "Junge Menschen" und "Junge Republik" völlig in den Dienst der Aufgabe gestellt, die demokratische Entwicklung dadurch zu fördern, daß sie von der Jugend bejaht und unterstützt wurde. Deshalb mußte ihr klar vor Augen geführt werden, welche Gefahren ihr von einem revanchelüsteren Militarismus und von bestimmten Teilen der Industrie drohten, die mit allen Kräften paktierten, denen die Demokratie als der "Aufstand der Kassen" erschien, der mit ihrer angemessenen gesellschaftlichen Vorrechten aufräumen wollte. Diese Aufgabe ständiger, der Wahrheit verpflichteten und deshalb pädagogisch bedeutsamen Aufklärung haben Walter Hammers glänzend redigierte Zeitschriften hervorragend gelöst. Aber auch die weitere Aufgabe, neben der Aufklärung die Erziehung zum demokratischen Verhalten zu fördern, bewältigte er ausgezeichnet.

Aber gegen die andrängende Flut der Hitler-Bewegung war die Wirkung publizistischer Mittel schließlich unzureichend geblieben. Auch Walter Hammer mußte in die Emigration gehen. In Dänemark, wo er unbeirrt weiter über das Hitler-Regime die Wahrheit verbreitete, wurde er nach dem Überfall der Hitler-Armee von der Gestapo verhaftet und bis zum Ende des Krieges in Haft behalten.

Das Ende des Krieges fand ihn im Zuchthaus Brandenburg, wo er die letzten Jahre seiner Haft zugebracht hatte. Er versuchte dort, eine Dokumentensammlung über die Untaten der Nazis und über den Widerstand gegen ihre Terrorherrschaft zusammenzutragen. Sie sollte ein Werk der "Ehrenrettung" des "anderen" Deutschland werden. Aber die Objektivität mit der er dabei zu Werke ging, gefiel den neuen Machthabern der SED nicht. Er geriet sehr bald in offenen Konflikt mit ihnen und mußte Hals über Kopf in die Bundesrepublik flüchten, die reichen Früchte seiner mühevollen Arbeit zurücklassend. Aber einen großen Teil dieser Arbeit konnte er rekonstruieren, und sein hinterlassenes Archiv wird der Wissenschaft noch gute Dienste leisten können. In der Bundesrepublik gab er das schöne würdige Erinnerungsbuch über Theodor Haubach heraus, sowie die Würdigung der unter Hitlers Herrschaft verfolgten und ermordeten Parlamentarier, die unter dem Titel "Hohes Haus in Henkershand" erschienen ist.

Seit einigen Jahren war er schwer leidend und bettlägerig. Aber den geistigen Kontakt mit seinen Freunden hielt er trotzdem weitgehend aufrecht, denn seine Erinnerungen an Einzelheiten des Widerstandes und an Schicksale der Widerstandskämpfer waren unerschöpflich.

Wir hoffen und wünschen, daß der Tod des 78-jährigen ein Anlaß sein wird, sich mit dem Lebenswerk dieses bis in seine letzten Tage begeisterten Freiheitskämpfers vertraut zu machen und ihm einen Ehrenplatz in der Reihe derer zu verschaffen, die mit ihm der Menschlichkeit im politischen Leben ihre Kraft gewidmet haben.